

Wolfgang Thierse
Bundestagspräsident a. D.

November 2014

Rede zum 25. Jahrestag des Mauerfalls

Meine Damen und Herren!

Diese Tage und Wochen sind eine Zeit des besonders intensiven Erinnerns an die Ereignisse in der DDR (und insgesamt in Ostmitteleuropa) vor 25 Jahren, des Erinnerns an die friedliche Revolution. Die Bezeichnung „Wende“ mag ich nicht, obwohl sie vielfach (und auch gedankenlos) gebraucht wird. Ich mag sie nicht, weil sie von Egon Krenz – erinnern Sie sich noch an diese mediokre Figur – für seinen Machtantritt als SED-Chef in Anspruch genommen wurde und deshalb für mich endgültig verdorben ist. Vor allem aber mag ich sie nicht, weil sie der historischen Dimension des revolutionären Epochen-Umbruchs von 89/90 nicht gerecht wird – eines europäischen Ereignisses von wahrlich welthistorischer Bedeutung!

Am 9. November jährt sich zum 25. Mal der Tag/die Nacht des Mauerdurchbruchs, einer der glücklichsten Nächte in der deutschen und europäischen Geschichte! „Wir Deutschen sind jetzt die glücklichsten Menschen der Welt“, hat damals ganz zutreffend Walter Momper gesagt. Das wichtigste Wort dieser Nacht und der Tage danach war vor 25 Jahren: „Wahnsinn“. Wir sollten uns daran erinnern, um zu begreifen, wie wenig selbstverständlich war, was wir in diesem Herbst feiern: 25 Jahre Mauerfall und die deutsche Einheit, denn ein Jahr später schon erfüllte sich der – gewiss mit unterschiedlicher Intensität – gehegte Wunsch der Deutschen, die staatliche Spaltung des Landes zu überwinden und nach über 40 Jahren endlich geeint in einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu leben.

25 Jahre ist das her – der Zeitraum von mehr als einer Generation! Die Gefühle der Freude und großen Dankbarkeit, die ich 1990 – wie Millionen andere auch – empfunden habe, sind bis heute nicht gänzlich verblasst. Der 3. Oktober 1990, der Tag der staatlichen Vereinigung, war aber kein bloßes Geschenk, sondern das hart errungene Ergebnis einer friedlichen Revolution – der ersten ihrer Art in der Geschichte unseres Volkes. Es gab gewiss zuvor schon einige Revolutionen in Deutschland, aber eben keine, die unblutig verlief und zugleich erfolgreich war. Eine Revolution, in der Freiheit und Einheit nicht zum Gegensatz wurden, im Gegenteil. Eine Revolution zudem, die in ganz Europa mit Sympathie begleitet wurde. Ein historisches Wunder war sie also auch. Erst die Freiheit – dann die Einheit! Erst der 9. Oktober 89, dann der 9. November und danach der 3. Oktober 1990 – das war die Reihenfolge der Ereignisse, die zusammen erst den geschichtlichen Prozess charakterisieren!

Im Spätsommer und Herbst 1989 hatten die Ostdeutschen auf wöchentlich wachsenden Demonstrationen in Leipzig und anderen Städten ihre Angst verloren – die Angst, die die halbe Macht der Diktatur ist – und sie hatten zugleich ihre Sprache, ihren Mut wiedergefunden: „Wir sind das Volk!“ riefen die Demonstranten und dieser Ruf war Ausdruck eines neu erwachten Selbstbewusstseins. Wir und nicht ihr da oben, ihr SED-Herrschaften! Und zur gleichen Zeit die Fluchtwelle via ungarisch-österreichischer Grenze, über die bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau. Erst als (wieder) Tausende flüchteten oder Ausreiseanträge stellten, war es eine Drohung „Wir bleiben hier“ auf ein Plakat zu schreiben: Wir überlassen das Land nicht Euch, nicht der SED und der Stasi.

Die Zuversicht wuchs, dass man gemeinsam etwas ändern könnte, endlich. Ein Transparent, das im Herbst 1989 in Leipzig zu sehen war, formulierte es: „Jetzt oder nie, Freiheit und Demokratie!“ Um die geradezu existenzielle Bedeutung dieser Losung zu verstehen, muss man in die Geschichte zurückgehen. Die erste Erhebung gegen die sowjet-kommunistische Herrschaft fand in der DDR statt – am 17. Juni 1953 (ich war damals 9 Jahre alt). Er wurde von den sowjetischen Truppen niedergeschlagen. Es folgten 1956 die Aufstände in Polen und Ungarn (ich war 12 Jahre alt). Sie wurden von den sowjetischen Truppen niedergeschlagen. Der 13. Augst 1961 (ich war 17 Jahre alt): Der Bau der Mauer folgte im Schutz der sowjetischen Truppen. 1968 (ich war 24 Jahre alt): Der Versuch eines menschlichen, demokratischen Sozialismus im Prager Frühling wurde unter Führung der sowjetischen Truppen niedergeschlagen. 1980/81 (ich war 37 Jahre alt): Die polnische Bewegung Solidarnosc wurde in einem Kriegsrecht im Schutz der sowjetischen Truppen unterdrückt. – Die Geschichte der DDR und unserer östlichen Nachbarn war eine Geschichte der enttäuschten Hoffnungen, der Niederlagen, bis nur der Mut der Verzweiflung blieb. Und die Einsicht: Erst wenn sich in Moskau etwas ändert, dann sind vielleicht auch bei uns Änderungen möglich. Ein neuer, vielleicht letzter, Hoffnungsschimmer, der sich mit Gorbatschow, mit „perestroika“ und „glasnost“ verband. Das war die Stimmungslage 1989: zwischen Verzweiflung und Hoffnung.

So habe ich es empfunden und noch heute bewegt mich die Erinnerung daran tief.

Ja, es war eine friedliche Revolution. Aber wir sollten trotzdem nicht vergessen, dass dies ganz und gar nicht selbstverständlich war. Vor dem Wunder von Leipzig waren am 4./5. Oktober in Dresden und am 7./8. Oktober in Berlin Hunderte von Menschen von Polizei- und Stasikräften verprügelt und verhaftet worden. Vor diesem Hintergrund war der 9. Oktober in Leipzig wirklich ein Wunder: Über 70.000 demonstrierten und es gab keine Gewalt,

es fiel kein Schuss (obwohl dafür alles vorbereitet war)! Es gab keinen Befehl aus Moskau und deshalb keinen Befehl aus Ostberlin. Der 9. Oktober war der Höhe- und Umschlagpunkt der Herbstrevolution.

Der zivilgesellschaftliche Aufbruch von 1989 hatte tapfere Wegbereiter in der DDR selbst: die Bürgerrechtler und Oppositionsgruppen, deren Mut und Intelligenz umso größer und respektabler waren, als ihre Zahl zunächst sehr klein war. Frieden, Bewahrung der Umwelt, Demokratie, Menschenrechte, Grundfreiheiten – das waren ihre Themen, ihre Ziele, ihre Werte.

Die Bürgerrechtler traten zunächst für eine Reformierung der DDR ein und mussten Zersetzungsmaßnahmen durch den Geheimdienst sowie Haft und Ausbürgerung in Kauf nehmen. Sie organisierten sich unter dem schützenden Dach der christlichen Kirchen. Aus ihrem Kreis kamen 1989 die Gründer neuer Initiativen und Parteien.

Zivilcourage verjährt nicht! Den mutigen Frauen und Männern aus Bürgerrechts- und Kirchenkreisen, aus der Friedens- und Frauen- und Umweltbewegung in der DDR gebührt noch heute Respekt. Sie haben die Verdorbenheit der Diktatur anschaulich gemacht und mit ihrem Vorbild viele Menschen zum Nachdenken und Umdenken ermutigt.

Meine Damen und Herren,

dass die friedliche Revolution in der DDR erfolgreich war, Freiheit und Einheit möglich wurden, das war nicht zwingend, nicht „gesetzmäßig“, nicht logisch, nicht unvermeidlich. Es bedurfte einer Reihe historischer Vorläufer und des Zusammenwirkens verschiedener Ereignisse, Konstellationen, Kräfte:

Es bedurfte

- des KSZE-Prozesses, also der Überwindung des Kalten Krieges durch die westliche Entspannungspolitik;
- der russischen Dissidenten von Sacharow bis Solschenizyn;
- des Vorbilds der tschechischen Charta 77 (mit meinem „politischen Heiligen“ Vaclav Havel, dessen Buch „Versuch, in der Wahrheit zu leben“ die wichtigste politische Lektüre meiner DDR-Existenz war);
- des polnischen Papstes Karol Wojtyla (und seines Besuchs 1979 in Warschau: „Habt keine Angst!“);
- der Kraft und der Ausdauer und des disziplinierten Mutes der polnischen Oppositionsbewegung „Solidarnosc“ – bis zu ihrer grandiosen Erfindung des Runden Tisches (und „Solidarnosc“ hätte es eben auch nicht ohne die Katholische Kirche gegeben);

- der Intelligenz der ungarischen Reformkommunisten (die die Grenze öffneten);
- der Perestroika-Politik Gorbatschows (der – Gott sei Dank – die in der DDR stationierte Rote Armee nicht gegen die ostdeutschen Demonstranten in Einsatz brachte);
- des ökonomischen wie des moralischen Desasters der SED-Politik (die auf der ganzen Linie gescheitert war);
- der Zivilcourage der Oppositionsgruppen, aber auch der Desillusionierung der DDR-Bürger und der Überwindung unserer Angst;
- schließlich auch der Handlungsfähigkeit westlicher Politiker (von Helmut Kohl bis George Bush sen.).

Erst im Zusammentreffen dieser Voraussetzungen wurde sichtbar und wirksam, dass die Raison d'être der DDR verbraucht und zerstört war. Die DDR hatte ja nie eine eigene nationale Identität, sondern nur einen einerseits sicherheits- und machtpolitischen Existenzgrund als Westposten des sowjetischen Imperiums und andererseits eine immer prekäre, immer labile ideologische Identität, zunächst aus Antifaschismus gespeist, dann aus marxistisch-leninistischer Ideologie.

Auch aus Sicht der kommunistischen Staatspartei SED hatte die DDR ihre Rechtfertigung nur als „Alternative“ zur bürgerlichen, kapitalistischen Bundesrepublik. Doch wo die Ideologie nicht mehr geglaubt wird, wo die Kluft zwischen ideologischem Anspruch und erlebter Wirklichkeit unüberbrückbar geworden ist, wo der Vorposten unnötig wird, da zerbricht die Basis für den mit so viel Mühe und Druck erbauten und verteidigten Staat: Der revolutionäre Zusammenbruch war die Konsequenz.

Was uns, die DDR-Bürger, vor 25 Jahren beflügelt hat, das war der millionenfach erlebte Ausbruch an Mut und Zivilcourage, an Phantasie, Kreativität und Witz. (Immer noch erinnere ich mit Vergnügen an den 4. November in Berlin, die größte Kundgebung der Herbstrevolution.) Dieser Zugewinn an Selbstvertrauen setzte ungekannte Energien frei und befähigte uns, die zu regelnden gesellschaftlichen und politischen Dinge in die eigenen Hände zu nehmen. Die bis dahin weitgehend atomisierte Zivilgesellschaft organisierte sich: Neue Initiativgruppen und Bündnisse übernahmen die politische Verantwortung in den Gemeinden, in den Städten, im Staat. Und die alten Machthaber verloren nach und nach ihre zuvor unkontrollierte, unbeschränkte Macht. Überall entstanden in dieser „revolutionären Phase“ Runde Tische zur Regelung der dringendsten Fragen – unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen – und meist unter Moderation von (evangelischen und katholischen) Pastoren.

Ich selbst engagierte mich 1989 beim Neuen Forum und trat dann im Januar 1990 der von Bürgerrechtlern neu gegründeten Partei SPD-Ost bei. Schon wenige Monate später wurde ich zum Vorsitzenden dieser Partei gewählt: Auf so atemberaubende Weise werden Biographien in revolutionären Zeiten beschleunigt!

Ihre auch formell demokratische Legitimation erhielten die Forderungen der Demonstranten vom Herbst 1989 am 18. März 1990 – dem Tag der ersten freien Parlamentswahl in Ostdeutschland. An diesem Tag machten die mündig gewordenen Bürgerinnen und Bürger der DDR eine ganz neue Erfahrung – ihr Kreuz auf einem Wahlschein war wirklich etwas wert: Sie wählten die zehnte und zugleich letzte Volkskammer – und das war eine, die diesen verpflichtenden Namen auch verdiente. Nach knapp sechs Jahrzehnten und zwei Diktaturen konnten die Ostdeutschen erstmals in einem demokratischen Verfahren auf die politische Gestaltung ihres Landes Einfluss nehmen. (Mein Vater hat in seinem ganzen Leben kein einziges Mal an einer freien Wahl teilnehmen können!)

Meine Damen und Herren,

die Wahl vom 18. März 1990 markierte einen wichtigen Wendepunkt: Sie beendete die revolutionäre Phase und eröffnete die parlamentarische. Aus Basisgruppen und Bewegungen wurden Parteien. Aus einfachen Bürgerinnen und Bürgern, die eben noch „Erstwähler“ waren, wurden Abgeordnete, Staatssekretäre, Minister. Ich hätte mir in früheren Jahren nicht vorstellen können, jemals selbst in ein demokratisches Parlament einziehen zu können.

Der Souverän hatte dem Parlament einen klaren Auftrag erteilt: die Herstellung der deutschen Einheit. An neuen realsozialistischen politischen Experimenten war die Mehrheit des Volkes nicht interessiert. Zu beantworten war die Frage, auf welchem Weg dieser Wählerauftrag umsetzbar ist, nach Artikel 23 oder nach Artikel 146 des Grundgesetzes. Die ausgehandelte Formel lautete: zügiger Beitritt, aber zuvor Verhandlungen. Dies war dann in der Tat der einzig realistische Weg einer schnellen Überwindung der deutschen Teilung.

Nur sechs Monate hatte die Volkskammer Zeit, die staatliche Einheit in Selbstbestimmung und in Anerkennung ihrer historischen Verantwortung zu vollenden. Der Regelungsbedarf war gewaltig. Zu den politisch schwierigsten und hochkomplexen Gestaltungsfeldern zählten die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, die Rechtsangleichung, das Stasi-Unterlagengesetz, also die Frage: Wie gehen wir mit der Hinterlassenschaft des DDR-Geheimdienstes um? Machen wir die Akten den Opfern zugänglich oder nicht?

Der Beitrittsbeschluss erging erst nach Abschluss des Einigungsvertrages und der Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen. Die Zustimmung der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und das Einvernehmen mit unseren Nachbarn – sie waren notwendige Voraussetzungen für die deutsche Einheit.

Manche kritisieren heute, der Beitritt sei keine Vereinigung gleichberechtigter Partner gewesen. Gewiss, es war keine Vereinigung von Gleichen: Die Wirtschaft der DDR lag 1990 bereits am Boden und drohte in den folgenden Monaten vollständig zusammenzubrechen. Unübersehbar war auch der politische Wille einer breiten Mehrheit der Bevölkerung in der DDR zu einer raschen Vereinigung: „Kommt die D-Mark, bleiben wir. Kommt sie nicht, dann gehen wir.“ – Das war eine der häufigsten Losungen im Frühjahr 1990. Und nicht zuletzt konnte damals niemand vorhersehen, wie lange die außenpolitische, die internationale Lage eine Vereinigung erlauben würde. (Der Putsch gegen Gorbatschow im August 1991 hat im Nachhinein jene bestätigt, die fürchteten, die internationale Zustimmung für eine Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten würde eventuell nur während eines kurzen Zeitfensters bestehen.)

Natürlich hat es in diesen Monaten Fehler, Versäumnisse, Überforderungen gegeben. Wie sollte es auch anders sein?! Es gab ja kein Lehrbuch, in dem beschrieben steht, wie ein demokratisches Parlament sich selbst überflüssig macht, sich selbst und zugleich seinen Staat abschafft – und das auch noch zu akzeptablen Bedingungen.

Trotz der Kürze ihres Mandates hat die frei gewählte Volkskammer des Jahres 1990 ein bedeutendes Kapitel in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus geschrieben. Sie war mehr als nur ein Lückenfüller zwischen Diktatur und Demokratie. Dieses Parlament zählt zu den Leistungen, auf die die Ostdeutschen im Rückblick auf die friedliche Revolution 1989/90 stolz sein können. Für mich jedenfalls gehören die Monate von März bis September 1990 zu den aufregendsten meines Lebens – und ich bin auch heute noch, 24 Jahre später, ein wenig stolz auf diese Zeit.

Der deutsche Vereinigungsprozess im Jahre 1990 wurde in einer für das In- und Ausland atemberaubenden Geschwindigkeit vorangetrieben und von Anfang an in europäischer Perspektive gedacht und gestaltet. Die Deutsche Einheit, so hieß es in der Präambel des Einigungsvertrages, werde vollendet im Bestreben, (Zitat) „einen Beitrag zur Einigung Europas und zum Ausbau einer europäischen Friedensordnung zu leisten, in der Grenzen nicht mehr trennen und die allen europäischen Völkern ein vertrauensvolles Zusammen-

leben gewährleistet“. Mit anderen Worten: Deutsche Einheit und europäischer Integrationsprozess – das waren und sind zwei Seiten einer Medaille.

Meine Damen und Herren,

24/25 Jahre sind seitdem vergangen und natürlich sehen wir manche Dinge realistischer als damals. Entgegen früheren Vorstellungen oder Hoffnungen mussten wir inzwischen einsehen, dass die von unserer Verfassung (§ 72 des Grundgesetzes) vorgeschriebene „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ in Ost und West sehr viel mehr Kraft, Ausdauer und Zeit erfordert, als wir es uns 1990 erhofft oder manchmal auch eingeredet haben oder manche gar etwas leichtsinnig und vollmundig versprochen haben.

Nach 1990 erlebten die Ostdeutschen Jahre des dramatischen Umbruchs. Der radikale wirtschaftliche Transformationsprozess, der Einbruch der Absatzmärkte für ostdeutsche Produkte, die problematische Handlungsweise der Treuhandanstalt (die die volkseigenen Betriebe privatisieren sollte), die Abwicklung tausender Betriebe, der Verlust hunderttausender Arbeitsplätze riefen bei vielen Menschen tiefe Verunsicherungen hervor. Als dann nach Mitte der 90er Jahre eine Phase der Stagnation begann und das Wachstum der ostdeutschen Wirtschaft wieder ins Stocken geriet, stand der Osten buchstäblich „auf der Kippe“.

Dank erheblicher politischer Kraftanstrengungen konnte die Gefahr überwunden werden. In den vergangenen Jahren ist ein stetiger, zuletzt aber deutlich verlangsamter Aufholprozess zu verzeichnen.

Vor einigen Wochen hat die Bundesregierung ihren „Bericht zum Stand der deutschen Einheit 2014“ vorgelegt. Er kommt sehr nüchtern daher, das ist gut so. Ich referiere daraus einige Fakten zur Entwicklung der neuen Länder:

- Das BIP je Einwohner hat sich seit 1991 mehr als verdoppelt, aber es beträgt allerdings erst ca. zwei Drittel des Niveaus der alten Länder;
- die ostdeutsche Wirtschaft wird von kleinen und mittelständischen Unternehmen geprägt, Großunternehmen fehlen weitgehend; von den 130 börsennotierten Unternehmen Deutschlands hat keines seinen Sitz im Osten Deutschlands;
- die Arbeitsproduktivität ist nach wie vor deutlich niedriger als im Westen, der Konvergenzprozess stagniert;
- die Steuerkraft der ostdeutschen Länder erreicht erst zwei Drittel der westdeutschen Länder, das Steueraufkommen je Einwohner Ost liegt bei der Hälfte des westdeutschen Steueraufkommens;
- im Jahr 2013 wurde die niedrigste Arbeitslosenzahl Ost seit der Wiedervereinigung registriert, aber trotz dieses Erfolgs ist die

- Arbeitslosenquote mit 10,3 % gegenüber 6,0 % im Westen nach wie vor noch immer viel zu hoch;
- die Annäherung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West ist weit vorangeschritten – dank der enormen solidarischen Transferleistungen, dank des gemeinsamen Sozialstaats.

Ich breche mit der Aufzählung ab und stelle fest: Es ist viel erreicht, es bleibt noch viel zu tun. Kein Grund zur Klage, aber eine Aufforderung zur Weiterarbeit!

Auf der Haben-Seite Ost stehen: gute Bildungsergebnisse, eine qualifizierte Arbeitnehmerschaft, ein Anteil des verarbeitenden Gewerbes über dem EU-Durchschnitt, der Osten als wissensbasierte Industrieregion, bessere Kinderbetreuungsstrukturen, eine modernisierte Infrastruktur, weniger Schulden.

Auf der Soll-Seite Ost stehen: Niedrigeres Wirtschaftsniveau und geringere Arbeitsplatzsicherheit, höhere Arbeitslosigkeit und geringere Einkommen und Vermögen und das Renten-Problem.

Man mag angesichts solcher Daten die Ergebnisse von 24 Jahren Vereinigungs-Anstrengungen skeptisch oder gar vernichtend beurteilen. Und die Schwarzseher sind ja immer unterwegs. Die Rede vom Milliardengrab Ost aber ist durchaus beleidigend für die Bürger im Osten Deutschlands. Man muss schon blind oder böswillig sein, um die Erfolge der gemeinsamen Anstrengungen nicht zu sehen. Der bloße Blick in die ostdeutschen Städte mit ihren erneuerten Straßen und Plätzen, ihrer modernisierten Infrastruktur ist überzeugend genug, vor allem wenn man die Bilder des Verfalls vor 1990 noch im Gedächtnis hat. (Das schönste Beispiel ist Görlitz...) Das Glas ist mehr als halbvoll.

Wir sind noch nicht am Ende des Weges. Gesamtdeutsche Solidarität bleibt notwendig, auch über das Ende des Solidarpakts II im Jahr 2019 hinaus. Aber weil der Osten Deutschlands nicht einfach mehr der Osten ist, sondern inzwischen ein bunter Fleckenteppich unterschiedlicher Erfolge, unterschiedlicher Strukturstärken und -schwächen geworden ist – Dresden, Jena, Leipzig, Berlin stehen nun wirklich ganz anders da als manche Region in Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt. Weil das so ist, brauchen wir für die Zeit nach 2019 – egal ob das dann Solidarpakt III heißt oder nicht – ein neues System zur Förderung strukturschwacher Regionen in ganz Deutschland. Ob dafür die Forcierung eines Wettbewerbsföderalismus geeignet ist, bezweifle ich sehr. Notwendig ist vielmehr ein „Bündnis der strukturschwachen Regionen in Ost und West. Die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Entwicklung muss dort stattfinden, wo

die Not am größten ist und wo sie wirklich gebraucht wird. Das gilt für Ost und West gleichermaßen“ (Iris Gleicke).

Wenn wir so weit sein werden, dann haben wir – denke ich – deutsche Normalität erreicht. Oft bin ich in den vergangenen Jahren gefragt worden, wann denn nach meiner Meinung die innere Vereinigung der Deutschen erreicht sei. Meine Antwort: Erstens, wenn die solidarische Unterstützung nicht mehr nach Himmelsrichtung, als von West nach Ost, gewährt werden muss. Und zweitens, wenn in der Beurteilung Ostdeutscher ihre Geschichte in der DDR weniger zählt als ihre Lebensleistung im gemeinsamen Deutschland. Beides könnte, nein sollte spätestens im Jahr 2019 erreicht sein, also 30 Jahre nach der friedlichen Revolution, der Fall sein! (In der alten Bundesrepublik war 1975, also nach 30 Jahren, die Nachkriegszeit endgültig zu Ende.)

Meine Damen und Herren,

in den vergangenen 25 Jahren sind ca. 4 Millionen Menschen von Ost nach West gewandert – das ist ein schmerzlicher, trauriger Vorgang aus ostdeutscher Sicht, für die „Zurückgebliebenen“. In der gleichen Zeit aber sind ca. 2,5 Millionen Menschen von West nach Ost umgezogen. Da entsteht eine neue deutsche Mischung, auf die ich setze, mit der ich Hoffnungen verbinde. Schließlich haben wir nicht die Mauer vom Osten aus zu Fall gebracht, um unter uns zu bleiben (als Ost- oder Westdeutsche), im Gegenteil.

Dazu passt das Ergebnis einer Umfrage, von der neulich zu lesen war. Danach bewerten junge Menschen in Ostdeutschland die Wiedervereinigung deutlich positiver als die Bevölkerung insgesamt: Für 96% von ihnen überwiegen die Vorteile der Einheit, für die Ostdeutschen insgesamt gilt das für 75 %. (Ich will Ihnen den ärgerlicheren Teil der Umfrage nicht vorenthalten: Nur 48 % der Westdeutschen sehen für sich mehr Vor- als Nachteile durch die deutsche Einheit, bei den jungen Leuten sind es immerhin 66 %.)

Ralf Dahrendorf, der berühmte Soziologe und politische Denker, sagte 1990 für den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbau der postkommunistischen Länder folgenden Zeitbedarf voraus: Für die Einführung politischer Demokratie und rechtsstaatlicher Verhältnisse veranschlagte er sechs Monate, für den Übergang zur Marktwirtschaft sechs Jahre und für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft sechzig Jahre. Nach dieser Prognose liegen wir durchaus im Zeitplan. Ostdeutschland hatte Dahrendorf allerdings nicht im Blick. Für uns galt eine privilegierte Sondersituation. Wir wurden sechs Monate nach den freien Wahlen zur Volkskammer politisch in die Bundesrepublik integriert. Wir absolvierten den ersten Schritt der Transformation zeitgerecht durch die Übernahme einer

freiheitlichen und sozialen Rechtsordnung. Dazu kam ein relativ großes Maß an Stabilität. Die öffentlichen Aufgaben waren finanziell und die Menschen sozial abgesichert – jedenfalls kein Vergleich mit der Lage in den meisten jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas.

Was im Vergleich mit unseren mittelosteuropäischen Schicksals-Nachbarn 1990 und danach ein Vorteil für die Ostdeutschen war – wirtschaftlich, finanziell, sozial, politisch – das verbarg/enthielt einen subjektiven, mentalen, sozialpsychologischen Nachteil, der bis heute weiter- und nachwirkt. Ich meine vor allem die patriarchale Prägung, die Helmut Kohl dem Einigungsprozess gegeben hat. Ich meine das durchaus unvermeidliche Grundmuster der deutschen Vereinigung. Wenn nämlich ein starkes, erfolgreiches Gemeinwesen und ein gescheitertes, zusammengebrochenes, abgelehntes System zusammenkommen, dann sind die Gewichte klar verteilt: Das Eine ist die Norm, die die Anderen zu übernehmen haben; die Einen sind die Lehrmeister, die Anderen die Lehrlinge; bei den Einen kann alles so bleiben, bei den Anderen muss sich alles ändern; die deutsche Einheit wirkt bei den Einen als Bestätigung des Status quo, bei den Anderen bewirkt sie einen radikalen Umbruch. Ich sage das ausdrücklich ohne jeden Vorwurf! Denn warum sollte in Stuttgart oder Frankfurt oder Bremen jemand denken, bei ihm müsse sich etwas ändern, weil in Leipzig der Kommunismus erledigt wurde! Also kein Vorwurf!

Aber aus dieser unvermeidlichen Grundkonstellation folgt kein Verhältnis von Gleichrangigkeit zwischen Ost- und Westdeutschen. Folgt die ostdeutsche Erwartung, der Westen werde alles richten, alles zum Guten wenden. Folgt die Bereitschaft, an Wunder glauben zu wollen. Und folgt dann die größere Enttäuschbarkeit, die wiederholte Enttäuschung vieler Ostdeutscher – sichtbar in der größeren Volatilität der ostdeutschen Wähler, bis hin zur beschämend niedrigen Wahlbeteiligung zuletzt in Sachsen, Thüringen, Brandenburg und zur Bereitschaft, antidemokratisch zu wählen. Ralf Dahrendorf hat wohl recht: Die Entwicklung einer Zivilgesellschaft dauert länger und ist widersprüchlicher als erwartet, weil die Nachwirkungen jahrzehntelanger autoritärer Prägungen zäh sind und die bejahende Einübung in die Demokratie unter widrigen ökonomischen und sozialen Bedingungen erfolgen musste.

Ich erlaube mir an dieser Stelle eine Bemerkung zu einer aktuellen Kontroverse, die mich einigermaßen befremdet. Es ging im Zusammenhang mit den Koalitionsverhandlungen in Thüringen um die Frage, ob die DDR als Unrechtsstaat bezeichnet werden dürfe. Gregor Gysi lehnt das für seine Partei kategorisch ab mit der Begründung: Das wäre eine Delegitimierung der DDR als einer Gründung der Sowjetunion, die angesichts von 20 Millionen Toten

im 2. Weltkrieg das Recht gehabt hatte, diesen Staat zu gründen. Eine eigentümliche Argumentation. Es geht nämlich nicht um die historischen Gründe für die Teilung Deutschlands und für die Etablierung der DDR. Es geht nicht einmal um die sogenannte Delegitimierung der DDR – die ist längst und sehr gründlich erfolgt und zwar durch Millionen Flüchtlinge, die die DDR in den 40 Jahren ihrer Existenz verlassen haben, und vor allem durch die friedliche Revolution 1989/90, die die DDR endgültig überwunden hat. Es geht vielmehr um das Urteil über den Charakter dieses Staates – der auch und gerade nach der Definition der SED selbst eine Diktatur war, der keine freien Wahlen kannte, also keine demokratische Legitimation der politischen Macht und keine wirksame Kontrolle, keine legale Opposition, keine unabhängige Justiz, keine Verwaltungsgerichtsbarkeit, keine Meinungs- und Reisefreiheit ... Was ist das alles zusammen anderes als ein Unrechtsstaat!

Wer auch 24 Jahre nach dem Ende dieses Staates zu einem solchen Urteil – das andere freundlichere Urteilsaspekte überhaupt nicht negiert, etwa die DDR als Sozialstaat, als Kulturstaat, als Solidargemeinschaft ihrer Bürger gegen den alltäglichen Mangel, gegen die Zudringlichkeit des Staates – nicht bereit ist, der sät Zweifel an seiner Fähigkeit und Bereitschaft zum demokratischen Mitregieren! Es geht auch nicht um eine Aberkennung ostdeutscher Lebensleistungen. Seit 25 Jahren fordere ich, zu unterscheiden einerseits zwischen dem Urteil über das System, das falsch war und gescheitert ist, und andererseits den Menschen, die in diesem System gelebt haben und deren Biografien nicht alle falsch waren und gescheitert sind. Im Gegenteil: Deren Lebensleistungen sind unter vergleichsweise widrigen Umständen erbracht worden.

Meine Damen und Herren,

„Die friedlichen Revolutionen von 1989“, schreibt der Historiker H.A. Winkler, „summieren sich zur europäischsten Revolution seit 1848/49, und anders als diese erreichte sie ihre Ziele: politische Freiheit und nationale Selbstbestimmung.“

Ja, das ist wohl eine richtige Charakterisierung. Aber nicht alle Träume wurden Wirklichkeit: Ein goldenes Zeitalter des Friedens, das manche erhofften, ist nicht ausgebrochen, einen weltweiten Siegeszug der Demokratie haben wir nach dem Ende des Kalten Krieges nicht erlebt, das „Ende der Geschichte“ hat sich nicht ereignet. Im Gegenteil. Alte und neue Konflikte beunruhigen uns. Denn das gehört auch zu den Folgen des historischen Umbruchs: „Tatsächlich öffneten die Revolutionen von 1989 nicht nur Demokratie und Freiheit die Tür, sondern auch ganz anderen Bewegungen –

religiösem Fundamentalismus und extremen Nationalismus“, so schreibt zutreffend H.A. Winkler.

An die Stelle der geordneten Welt der Zweiteilung, des gefährlichen Gegensatzes zweier Systeme ist eine Weltunordnung getreten, auf die die politischen Institutionen, Strategien, Instrumente des 20. Jahrhunderts nicht mehr richtig passen. Es zeigt sich, dass das Ende der DDR, das Ende des Kommunismus und damit das Ende der Zweiteilung der Welt Teil eines größeren Prozesses war, der weitergeht und den wir üblicherweise Globalisierung nennen.

Dieser Prozess verändert auch unser Land und die Koordinaten deutscher Politik. Das Niederreißen der Mauer, die Schleifung der Grenzen war eine Öffnung zur Welt, in die Welt. Welch‘ Glück für mich, für uns eingesperrte Ostdeutsche! Empfanden dieses Glück alle Deutsche und empfinden sie es noch? Es war nämlich auch das Ende der weltpolitischen Nische, die die Spaltung und die eingeschränkte Souveränität für die Deutschen auch bedeutete. Mit dem Epochenwechsel sind wir Deutsche ins Offene und Freie einer globalisierten Welt gelangt, aber auch in deren Härten, Widersprüche und Konflikte hineingestoßen worden – ohne dass wir die Tagesordnung der Welt bestimmen könnten. Wir haben es mit größer gewordenen Erwartungen an deutsche Verantwortungsübernahme zu tun. Wie gehen wir damit um? Bundespräsident Gauck hat die notwendige Debatte darüber angestoßen. Wir müssen uns neu verständigen und vergewissern über die normativen Grundlagen deutscher Politik in einer radikal veränderten und sich weiterverändernden Welt. Diese Verständigung findet zu wenig statt, die Bundesregierung erklärt zu wenig, die politische Klasse debattiert zu wenig grundsätzlich. So können sehr verständliche Ängste und Unsicherheiten nicht verringert werden.

Was lässt sich zu einer solchen Debatte über die deutschen und europäischen Herausforderungen beitragen aus der Erfahrung von 1989/90?

Ich erinnere an die entschlossene Friedfertigkeit der Herbstrevolutionäre. Ich erinnere an die gemeinsamen Ziele der mittelosteuropäischen Revolutionen: Menschenrechte, Grundfreiheiten, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie. Und ich erinnere an Europa, die Europäische Union, deren Teil alle werden wollten.

An diesen Erfahrungen und Werten festzuhalten, darf aber nicht heißen, in bloßer Gesinnungsstärke zu verharren. Sie müssen übersetzt werden in den prosaischen Alltag internationaler Realpolitik, in – um Willy Brandt zu zitieren – eine neue Politik guter Nachbarschaft.

Mir scheinen drei Punkte besonders aktuell und wichtig.

Erstens: Gerade in den vergangenen Tagen haben uns die Bilder von Flüchtlingen in der Prager Botschaft 1989 wieder stark bewegt. Die Flüchtlinge, die heute und vermehrt zu uns kommen, sind eine Erscheinungsform der Globalisierung. Der Strom wird vermutlich nicht mehr abbrechen. Also sollten wir – Politik und Staat und Zivilgesellschaft – lernen, anders damit umzugehen. Die Berichte über Prügelaktionen von Wachleuten gegenüber Flüchtlingen haben eine hoffentlich heilsame Erschütterung provoziert. Warum müssen Flüchtlinge überhaupt bewacht, kaserniert, isoliert, geschützt werden? Wir brauchen andere Regeln, eigentlich Regeln überhaupt, die europäische sein müssen: Regeln für die Aufnahme von Flüchtlingen einerseits, für Einwanderung andererseits. Regeln, die nicht nur der Abwehr dienen, die nicht vor allem von Misstrauen und Kontrollbedürfnis bestimmt sind.

Zweitens: Wir müssen der Gefahr einer neuerlichen Teilung Europas begegnen. Ja, Russland zu verstehen ist gut und notwendig. Aber mindestens ebenso gut und notwendig ist es, Polen zu verstehen, Beides! Wie also übersetzen wir die Erfolgsgeschichte der Ost- und Entspannungspolitik, die zu den Voraussetzungen des Jahres der Wunder 1989 gehörte, in die Gegenwart neu-alter Konflikte? Wie übersetzen wir den Nuklear-Pazifismus aus der Zeit der Systemkonfrontation (der darin eine angemessene politische Haltung war) in heute realitätstüchtige Friedenspolitik, die nicht blind und naiv ist und damit verantwortungslos wäre?

Der Ost-West-Systemkonflikt war wahrlich nicht durch Krieg zu überwinden! Sondern nur durch die mühselige Politik kleiner Schritte, die ihr Ziel fest im Auge behielt. Abbau von Konfrontation, um zivile Entwicklungen zu ermöglichen, um Chancen für politische Rationalität zu eröffnen. Treue zu den eigenen Werten (der Freiheit und der Menschenrechte), politische Stärke und unendliche Geduld wie erhebliche Entschlossenheit waren die Grundlage für den Erfolg damals.

Verantwortung also (nicht nur deutsche Verantwortung) heute muss deshalb das Ganze der sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, politischen, diplomatischen, zivilen und auch militärischen Handlungsmöglichkeiten meinen, das Deutschland (und der Staatengemeinschaft) im Rahmen internationaler und europäischer, rechtlich abgesicherter Entscheidungen zur Verfügung steht. Nicht weniger und nicht mehr. Darüber offen, so offen wie überhaupt möglich, in der deutschen Gesellschaft zu diskutieren, das ist 25 Jahre nach dem Fall der Mauer nun wirklich notwendig. Deutschland ist

nämlich ein gewöhnliches, normales Land geworden, ein Land unter anderen und mit anderen.

Drittens: Das europäische Gesellschaftsmodell, das 1989/90 so glänzend bestätigt wurde, dieses Modell scheint mir inzwischen angefochten oder gar in die Krise geraten – durch die Härte der globalen Konkurrenz, durch innere Schwäche, durch den ökonomischen Erfolg anderer Modelle (z. B. Chinas), durch die Multipolarität der globalisierten Welt. Die Leistungsfähigkeit und Attraktivität dieses Modells beruht auf seiner Dreidimensionalität: Der Fähigkeit, erstens, wirtschaftlichen, technischen, wissenschaftlichen Fortschritt zu organisieren und damit Wohlstand zu mehren; dies, zweitens, zu verbinden mit sozialem Ausgleich, mit Sozialstaatlichkeit; und dies, drittens, unter den Bedingungen von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Pluralismus, unter Wahrung der Grundfreiheiten und der Rechte des Individuums. Diese Dreieinigkeit gilt es zu verteidigen. Durch mehr europäische Demokratie, durch mehr gemeinsame europäische Politik, durch Reformen im Inneren zur Stärkung unserer Leistungskraft und zur Verteidigung unserer Freiheit. Gilt es zu verteidigen gegen die Bedrohungen durch den digitalen Kapitalismus mit seinen bisher unkontrollierten Machansprüchen, gilt es zu verteidigen gegen die Stärke von Gesellschaftsmodellen, in denen wirtschaftlicher Fortschritt erfolgreich organisiert wird ohne sozialen Ausgleich, ohne Demokratie, ohne Rechte des Individuums. Gilt es zu verteidigen auch durch die Übernahme internationaler Friedensverantwortung. Und Deutschland, glaube ich, hat eine besondere Verpflichtung zur Verteidigung dieses europäischen Gesellschaftsmodells und zur Arbeit an seiner Zukunftsfähigkeit.

Denn, lassen Sie mich das zum Schluss ausdrücklich sagen:

Die deutsche Einheit ist ein historisches Glück! Wir leben wiedervereint in einem freien Land, in Grenzen, zu denen alle unsere Nachbarn ja gesagt haben (wir Deutsche auch). Wir sind gewissermaßen umzingelt von Freunden. Wann hat es das in unserer Geschichte schon einmal gegeben. Das nenne ich großes historisches Glück! Und das können wir doch wohl feiern, am 9. November und am Tag der deutschen Einheit! Ohne zu vergessen, dass wir nicht nur umzingelt sind von Freunden (in unserer Nähe), sondern auch von gefährlichen Konflikten: Zu unserem Entsetzen scheint Krieg, den wir doch überwunden glaubten, wieder möglich.

„Wir wollen ein Volk guter Nachbarn sein“ – das war ein wichtiger Satz in Willy Brandts Regierungserklärung von 1969. Jetzt gilt es zu begreifen, dass wir Deutsche – dank der friedlichen Revolution und als Folge der Globalisierung – viel mehr Nachbarn haben als zuvor, als zu Zeiten der

Zweiteilung der Welt! Eine Politik guter Nachbarschaft – das sollte heißen: Deutsche Politik mit Blick auf die Nachbarn (nicht nur auf uns selbst, auf die Stimmung im eigenen Land, auf die Wähler, die eigene Partei)!

Wir dürfen also nicht vergessen, dass aus unserem Glück auch Pflichten resultieren, die Pflicht vor allem zu einer Politik des inneren und äußeren, vor allem des europäischen Friedens, einer Politik größerer internationaler Friedens-Verantwortung.